# V3NEU Internationale Solidarität in Zeiten der Krise - Eine Antwort auf globale Ungleichheiten geht nur solidarisch!

**Gremium:** 2. Länderrat 2022
**Beschlussdatum:** 18.12.2022
**Tagesordnungspunkt:** V Verschiedenes

## Antragstext

Solidarität bedeutet, sich überall gegen Ungerechtigkeit und für universelle Menschenrechte einzusetzen. Für uns als linke Jugendorganisation muss das auch bedeuten, die globalen Dynamiken der Ausbeutung und Ausgrenzung zu benennen und zu bekämpfen. Was in Deutschland gilt und wofür wir als GRÜNE JUGEND kämpfen, darf an den Grenzen nicht aufhören!

Ein Aspekt hiervon sind globale Wirtschafts- und Handelsbeziehungen. In den Anfängen des Kapitalismus wurden mit kolonialen Herrschaftssystemen systematische Wege geschaffen, um Wohlstand aus dem globalen Süden nach Europa umzuverteilen. Hierfür wurden Kriege geführt, Grenzen gezogen und gesellschaftliche Gruppen gegeneinander ausgespielt. Komplexe politische Strukturen wurden aufgebaut, um Güter unter schlimmsten Bedingungen in Kolonialstaaten zu produzieren und die Profite Weniger zu steigern, während der Großteil der Bevölkerung überausgebeutet wurde.

Die Konflikte und Systeme, die geschaffen wurden, wirken bis heute nach. Im weltumspannenden Kapitalismus des 21. Jahrhunderts werden noch immer Profite den Bedürfnissen von Menschen vorangestellt. Während Kriege, Klimakrise und Hunger wüten, wird in den Wertschöpfungsketten der Welt vor allem für Gewinne auf den Absatzmärkten produziert - das heißt lieber Massentierhaltung als Nahrung für alle, lieber Autos als moderne Busse und Bahnen, lieber luxuriöse Hotels und Sportveranstaltungen als sicherer Wohnraum. Im entfesselten Wettbewerb unter ungleichen Bedingungen, werden globale Ungleichheiten somit nur verstärkt.

Diese Ungleichheit nimmt deshalb auch aktuell in Zeiten globaler Krisen weiter zu, denn Staaten, Regionen und Unternehmen wollen in Zeiten von Knappheit nach ihrem Interesse handeln. Währenddessen besitzen wenige Milliardäre so viel wie die ärmere Hälfte der Menschheit. Solidarität ist n irgendwo in Sicht.

Dagegen braucht es eine systematische Antwort auf ein System, das Krisen immer wieder aufs Neue hervorruft. Es muss darum gehen, dass Nahrung, Kleidung und alles, was wir für ein gutes Leben brauchen, unter fairen Bedingungen

hergestellt wird, egal wo es herkommt.

Das bedeutet echte internationale Solidarität und nichts Geringeres müssen wir erkämpfen!

**Wofür wir kämpfen:**

**Lieferketten und Handel global gerecht gestalten!**

In modernen Lieferketten sind die Herstellungsschritte für Endprodukte quer über den Globus verteilt. Unternehmen des einen Landes sind auf Arbeit und Ressourcen aus einem anderen Land angewiesen. Doch diese Ressourcen werden vor allem in Ländern des globalen Südens häufig von Unternehmen, aber auch von eigenen Regierungen ausgebeutet, um im Wettbewerb um Exporte mithalten zu können. Diese Dynamiken werden auch dann ausgenutzt, wenn Handelsabkommen abgeschlossen werden, die z.B. aufgrund ungleicher Verhandlungsmacht der EU Ungleichheiten verstärken. Diese Spannung lässt sich erst auflösen, wenn es einen klaren Einsatz für gerechten Handel und Arbeitsbedingungen in globalen Lieferketten und Produktionsprozessen gibt. Hierzu gehört neben grundlegenden Löhnen und Arbeitsschutz vor allem auch die gewerkschaftliche Organisierung von Arbeiter*innen, die in vielen Ländern noch behindert wird.

- Deshalb setzen wir uns als GRÜNE JUGEND für eine europäische Wirtschafts- und Handelspolitik ein, die nicht nur versucht ihre Interessen durch ungleiche Machtverhältnisse durchzusetzen, sondern sich auch mit den Arbeiter*innen anderer Länder solidarisiert. In absehbarer Zeit müssen Handelsabkommen deshalb vor allem in Bezug auf Umwelt- und Arbeitsstandards deutlich angepasst werden.

- Wir sehen ein EU-Lieferkettengesetz als gute Zwischenetappe: So können Verletzungen von grundlegenden Arbeitsrechten durch Unternehmen transparent werden, Menschenrechtsverletzungen aufgedeckt und effektiv bekämpft werden. Langfristig setzen wir uns dafür ein, dass Unternehmen keine Möglichkeit mehr haben Verhältnisse von Regionen und Menschen hier und anderswo auszunutzen.

- Die Industrialisierung in Ländern des globalen Südens wurde nicht forciert, sondern behindert. Und dort wo sie stattfindet, werden vor allem fossile Industrien gestützt, die man im globalen Norden wegen Umwelteinflüssen nicht mehr haben will. Ein fossiles Wachstum kann nicht das Ziel von Entwicklungspolitik sein! Stattdessen braucht es entschiedenere Unterstützung durch Technologietransfer und wirtschaftliche Zusammenarbeit, um effektiven und solidarischen Klimaschutz durchzusetzen.

- **Internationale Entschuldung jetzt!**

Schulden sind schon länger ein enormes Problem vieler Länder im globalen Süden. Im Moment stellen sie jedoch mit steigenden Zinsen nochmal eine viel größere Gefahr dar. Privatanleger und multilaterale Akteure wie die Weltbank oder der Internationale Währungsfonds sind bedeutende Geldgeber für die Industrialisierung in vielen Ländern des globalen Südens. Sie verfolgen allerdings viel zu häufig eine aggressive oder schlecht ausgefeilte Entschuldungspraxis, die bestehende Strukturen nur verfestigt und Industrialisierung weiter hemmt oder sogar fossile und klimaschädliche Industrien fördert. Vor allem die Privatisierung kritischer Sektoren und der Abbau öffentlicher (Gesundheits- und Sozial-) Einrichtungen fallen darunter. Diese Schuldenpolitik wird in Zeiten von globalen Krisen jedoch leider immer häufiger, obwohl gerade da Geld gebraucht wird.

- Deshalb fordern wir als GRÜNE JUGEND Schuldenerlasse für ärmere Länder, ohne Wenn und Aber und wie von Unterorganisationen der UN vorgesehen! Es braucht endlich Verträge, die z.B. den sogenannten “Ländern mit geringstem Einkommen”, aber auch Länder darüber hinaus, ihre Schulden erlassen und das ohne krude Bedingungen. Sozial- und Gesundheitsausgaben, sowie die Bewältigung der Klimakrise dürfen kein Grund mehr sein, weshalb Länder tiefer in Schulden fallen!

- **Globale Steuergerechtigkeit konsequent durchsetzen!**

  Um die finanziellen Probleme von Ländern im globalen Süden zu bekämpfen, müssen auch Steueroasen konsequent bekämpft werden und ein steuerlicher Unterbietungswettbewerb verhindert werden. Studien schätzen, dass sich 40% des Kapitals von transnationalen Unternehmen in Steueroasen befinden. Gleichzeitig enthüllten Journalist*innen jährlich neue Skandale der internationalen Steuerhinterziehungen. Diese Anhäufung von Kapital birgt langfristig Sicherheitsrisiken. Das zeigt die Corona-Krise ganz deutlich: denn während sich das Vermögen der reichsten 10 Menschen im letzten Jahr verdoppelt hat, mussten 160 Millionen Menschen zusätzlich in Armut leben. Wir können uns die Reichen nicht mehr leisten!

- Als GRÜNE JUGEND setzen wir uns deshalb für die internationale Zusammenarbeit und konsequente Verfolgung von Steuerhinterziehung auch durch niedrigschwelligen und digitalen Austausch von Bankdaten, sowie die Einführung internationaler Vermögenssteuern ein. Nur so können wir die Umverteilung von unten nach oben bremsen!